



Krankenhauspolitische Chronik

Dirk Bürger und Martina Purwins

Ergänzende Information Die elektronische Version dieses Kapitels enthält Zusatzmaterial, auf das über folgenden Link zugegriffen werden kann https://doi.org/10.1007/978-3-662-68792-5_20.

© Der/die Autor(en) 2024

J. Klauber et al. (Hrsg.), *Krankenhaus-Report 2024*, https://doi.org/10.1007/978-3-662-68792-5_20

■ ■ Zusammenfassung

Der Deutsche Bundestag, dessen Abgeordnete im Ausschuss für Gesundheit, das Bundesgesundheitsministerium, die Landesgesundheitsminister und der Bundesrat setzen jährlich neben den gesundheits- auch die krankenhauspolitischen Rahmenbedingungen. Benannte Expertenbeiräte der Bundesregierung, die Gesundheitsexperten der Parteien, diverse Verbände, die (Sozial-)Gerichtsbarkeit und Bundesbehörden sowie politiknahe und wissenschaftliche Institute prägen dabei die öffentliche Diskussion um diese Regelungen. Die Selbstverwaltungspartner auf Bundesebene nutzen die ihnen übertragenen Aufgaben zur vertraglichen Gestaltung, um die medizinische und pflegerische Versorgung in den Krankenhäusern anhand der aktuellen Anforderungen weiterzuentwickeln. Die „Krankenhauspolitische Chronik“ liefert eine Übersicht über alle wesentlichen Entscheidungen der Akteure der deutschen Gesundheits- und Krankenhauspolitik und informiert über die Aktivitäten in den vergangenen zwölf Monaten.

Each year, the Deutsche Bundestag, its members in the Committee on Health, the Federal Ministry of Health, the state health ministers and the Bundesrat set the framework of health policy as well as hospital policy. Appointed expert advisory boards of the federal government, the health experts of the political parties, various associations, the (social) judiciary and federal authorities as well as policy-related and scientific institutes shape the public discussion about these regulations. The self-governing partners at the federal level use the tasks assigned to them for contractual design to further develop medical and nursing care in hospitals on the basis of current requirements. The “Hospital Policy Chronicle” provides an overview of all the key decisions made by the players in German healthcare and hospital policy and provides information on activities over the past twelve months.

Auch wenn vielleicht der Eindruck entstand, dass im Jahr 2023 gesundheitspolitisch nicht viel auf den Weg gebracht worden ist, so wurde doch im Bundesgesundheitsministerium (BMG) und im Deutschen Bundestag aktiv die Gesundheitspolitik gestaltet. Die gesundheitspolitische Bilanz 2023 des BMGs listet hierzu auf, dass sieben Gesetze beschlossen und 20 Verordnungen erlassen wurden. Darüber hinaus wurden durch das BMG 93 mündliche und 468 schriftliche sowie 94 kleine Anfragen aus den Reihen der Abgeordneten des Deutschen Bundestags beantwortet. Auf dem ersten Blick keine schlechte Bilanzierung!

Im Deutschen Bundestag beschlossen und den „Segen“ des Bundesrats erhalten haben aber nur sechs dieser Gesetzesinitiativen, wie zum Beispiel das Digitalgesetz (DigiG), das durch klare und transparente Anforderungen an die Leistungserbringenden und Krankenkassen zu mehr Cybersicherheit im Gesundheits- und Pflegewesen beitragen soll. Oder auch das Pflegestudiumstärkungsgesetz (Pfl-StudStG), mit dem unter anderem die Attraktivität der Pflegeberufe durch eine moderne hochschulische Pflegeausbildung gesteigert werden soll sowie ausländischen Pflegefachkräfte schneller für den Arbeitsmarkt gewonnen werden sollen.

Ohne Erfolg verlief hingegen das wichtigste Vorhaben für eine Gesetzesinitiative zur geplanten Krankenhausreform. Zu dieser hatten im Vorfeld die berufenen Expertinnen und Experten der Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung mit großem Engagement umfangreiche Lösungsvorschläge ausgearbeitet. Obwohl die Kommission noch im Jahr 2023 konkrete Empfehlungen präsentierte – wie die „Reform der Notfall- und Akutversorgung in Deutschland – Integrierte Notfallzentren und Integrierte Leitstellen“ als vierte Stellungnahme bis hin zur neunten Stellungnahme zur „Reform der Notfall- und Akutversorgung: Rettungsdienst und Finanzierung“ –, kann sie mit der Wirkung bzw. Umsetzung nicht wirklich glücklich sein. Denn ihr droht das gleiche Schicksal wie vielen anderen wissenschaftli-

chen Expertenkommissionen: Die Mühlen der Tagespolitik und der oft kurzfristige Blick der politischen Entscheidungsträger auf die nächste Wahl zermahlen ihre intensiven Bemühungen.

Die Empfehlungen der Regierungskommission flossen zwar auch in das „Eckpunktetpapier Krankenhausreform“ vom 10. Juli 2023, in dem sich Bund und Länder auf viele Inhalte verständigt hatten, sowie in den Entwurf zum Krankenhaustransparenzgesetz (KHTG) ein. Vereinbart wurde in diesem Zusammenhang, dass Bund und Länder den Gesetzentwurf für eine Krankenhausreform gemeinsam erstellen – ein Novum in der Politik, denn bisher legte immer die Bundesregierung entsprechende Gesetze vor. Das „gemeinsame“ Arbeiten wurde mit dem Ziel begründet, die Krankenhausreform bereits Anfang 2024 in Kraft treten zu lassen. Zur Beschleunigung und besseren Koordination wurde sogar eine „Redaktionsgruppe“ eingerichtet, an der die Gesundheitsministerien Baden-Württemberg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen mitwirken konnten. Allerdings war diese Unternehmung – bisher – weder erfolgreich noch „friedensstiftend“. Denn trotz vereinbarter Eckpunkte traten die Widersprüche, große Unsicherheiten und landesindividuelle Interessen immer deutlicher in den Vordergrund und konnten, trotz vielfältigem Austausch auf höchster politischer Ebene, nicht gelöst werden.

Unter diesen Voraussetzungen stand auch die Gesetzesinitiative zum Krankenhaustransparenzgesetz (KHTG) unter keinem guten Stern. Trotz kurzfristiger zusätzlicher finanzieller Zusagen des Bundesgesundheitsministers Prof. Dr. Karl Lauterbach – in der Nacht vom 23. auf den 24. November 2023 – vor der Bundesratsabstimmung zum KHTG verweigerte die Länderkammer ihre Zustimmung und rief den Vermittlungsausschuss an. Dies ist vor allem deshalb ein bemerkenswerter Vorgang, weil zum einen das KHTG kein zustimmungspflichtiges Gesetz ist. Zum anderen war die Anrufung des Vermittlungsausschusses auch

nur deshalb erfolgreich, weil auch SPD-geführte Bundesländer mit den unionsgeführten Ländern gegen dieses Gesetz stimmten. Seitdem „ruht“ das KHTG.

Im Weiteren blieb das Vorhaben zum Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) bisher ebenso ohne Erfolg. Am 19. September 2023 sickerte der erste Arbeitsentwurf zu dem Gesetz durch. Dieser Arbeitsentwurf wurde dann schon wenige Tage später nachgebessert und dabei auch um den „Begründungsteil“ ergänzt. Nur einige Wochen später – mit Datum vom 13. November 2023 – gab es bereits das nächste Update. Doch all diese Überarbeitungen haben nicht dazu geführt, einen geeinten Gesetzesentwurf zu produzieren. Das Ziel eines Starts Anfang 2024 wurde nicht erreicht und der Beginn des dringend erforderlichen Umbaus der Krankenhausstrukturen ist in die Ferne gerückt. Wenn Bundesminister Lauterbach dieses Gesetz – halbwegs – erfolgreich über die Ziellinie bringen will, so muss er bis zum 24. April 2024 einen Beschluss des Bundeskabinetts hierzu erreicht haben, um es ab 2025 tatsächlich umsetzen zu können.

Ein Paukenschlag, der sowohl die Bundesregierung als auch die Ampelfraktionen offenbar völlig unvorbereitet traf, war das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 15. November 2023. Das BVerfG hatte auf Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion entschieden, den zweiten Nachtragshaushalt 2021 für verfassungswidrig zu befinden und somit dessen Nichtigkeit erklärt. Mit dieser höchst richterlichen Entscheidung fehlten den politischen Entscheidungsträgern in der Bundesregierung und in der „Ampel-Fraktion“ plötzlich und unerwartet 60 Mrd. €. 60.000.000.000 €, die sie für zahlreiche Klimaschutzprojekte – etwa für die Sanierung von Gebäuden oder die Elektromobilität – fest eingeplant hatten. Auch in der Gesundheitspolitik standen somit Haushaltssperren und Einsparungen im Mittelpunkt des politischen Tagesgeschäfts.

Das Urteil des BVerfG hat aber nicht nur Auswirkungen auf Projekte der Ampel-Koalition im Bereich Klimaschutz und umweltver-

trägliche Transformation der deutschen Wirtschaft im Allgemeinen, sondern auch auf die Gesundheitspolitik – hierbei insbesondere auf die Finanzierung der Transformationskosten bei der Modernisierung der deutschen Krankenhausstrukturen. Auf eine entsprechende Finanzierung der Transformationskosten hatten sich Bund und Länder bereits im Juli 2023 – im „Eckpunktepapier Krankenhausreform“ – nach einem sechsmonatigen Verhandlungsmarathon verständigt.

Mit Blick auf eine zukunftsweisende Perspektive für die Beschäftigten der Krankenhäuser, die Patientinnen und Patienten, aber auch die Beitragszahlenden war das Jahr 2023 wohl ein verlorenes Jahr. Verloren, weil keine Modernisierung der Krankenhauslandschaft beschlossen und gestartet werden konnte und somit keine zukunftssicheren Arbeitsplätze sowie die Versorgung verbessernde Strukturen geschaffen werden konnten. Verloren auch, weil die finanzpolitischen Rahmenbedingungen des Bundes kleiner und die finanziellen Reserven der gesetzlichen Krankenkassen –

ohne nachhaltigen Effekt – aufgezehrt wurden. Notwendige Entscheidungen wurden vertagt und die Probleme werden sich verschärfen.

Mit einem weiteren Blick zurück möchten wir als Autoren der krankhauspolitischen Chronik an den ehemaligen Geschäftsführer „Versorgung“ beim AOK-Bundesverband, Herrn Karl-Heinz Schönbach (†), erinnern, der vor einigen Jahren, gemeinsam mit Sven Siekmann, das Buch „Wie schnell ist nichts passiert!“ herausgegeben hat. Eigentlich sind wir davon ausgegangen, dass dieser Titel uns nicht so schnell wieder in Erinnerung kommt – aber doch ist es offensichtlich so, dass dieses „Leidmotiv“ wieder zum Tragen kommt. Möge das Jahr 2025 im Interesse der Beschäftigten, Patientinnen und Patienten sowie Beitragszahlenden bezüglich der Krankenhausreform erfolgreicher sein. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren und die richtigen Protagonisten für eine qualitative Krankenversorgung sollten von den Maßnahmen profitieren!

Termin	Leitbegriff	Vorgang	Legende
31. Dezember 2023	Politik	Lucha geht – von der Decken kommt	Mit dem Jahreswechsel endet die Amtszeit des baden-württembergischen Landesgesundheitsministers Manne Lucha (Grüne) als Vorsitzender der GMK. Schleswig-Holsteins Gesundheitsministerin Prof. Kerstin von der Decken (CDU) übernimmt zum 01.01.2024 diese Aufgabe.
29. Dezember 2023	Politik	Einigung auf Erhöhung der Krankenhausinvestitionen in Bayern	Die Mittel für die Investitionsförderung der Krankenhäuser sollen 2024 in Bayern um 156,6 Mio. € auf 800 Mio. € ansteigen.
27. Dezember 2023	Wissenschaft	Angespannte wirtschaftliche Lage	Laut DKI-Krankenhaus-Barometer erwarten 80 % der Krankenhäuser in Deutschland für das Jahr 2023 ein negatives Jahresergebnis. Nur noch 7 % der Kliniken werden einen Jahresüberschuss erzielen. Für das Jahr 2024 gehen 71 % der Krankenhäuser von einer weiteren Verschlechterung und nur 4 % von einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation aus. Maßgebliche Gründe für die äußerst schwierige wirtschaftliche Lage sind die deutlich gestiegenen Sach- und Personalkosten im Krankenhaus.

Termin	Leitbegriff	Vorgang	Legende
21. Dezember 2023	Politik	Sachsen reduziert Krankenhausinvestitionen	Statt 193 Mio. € in 2023 für die Einzelförderung bei Krankenhausinvestitionen sollen, so als Entscheidung des sächsischen Sozialministeriums, für 2024 nur noch rund 64 Mio. € zur Verfügung stehen.
18. Dezember 2023	Politik	Absage an die Länder – Keine Vorlage vor Abschluss Vermittlungsausschuss	In seiner Antwort auf das Schreiben der Länder vom 15. Dezember stellt Bundesgesundheitsminister Lauterbach klar, dass er die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses zum KHTG abwarten wolle, weil dies direkten Einfluss auf den Inhalt der Krankenhausreform haben wird. Daher wird es keinen überarbeiteten Arbeitsentwurf geben können.
15. Dezember 2023	Politik	Länder fordern Vorlage des Arbeitsentwurfs Krankenhaus-versorgungs-verbesserungsgesetz	Im Namen der Länder fordert der GMK-Vorsitzende Lucha den Bundesgesundheitsminister dazu auf, den Ländern, wie am 24. November 2023 bis spätestens zum 1. Dezember 2023 zugesagt, die Anpassungen am Arbeitsentwurf eines Krankenhaus-versorgungs-verbesserungsgesetzes (KHVVG) zuzuschicken.
14. Dezember 2023	Politik	Verlängerung verkürzter Zahlungsfristen tritt in Kraft	Mit der Veröffentlichung der sechsten Verordnung zur Änderung der „Verordnung zur Regelung weiterer Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser“ im Bundesgesetzblatt tritt für die Krankenkassen die Verlängerung der Fristverkürzung auf fünf Tage, binnen derer sie die von den Krankenhäusern erbrachten und in Rechnung gestellten Leistungen zu bezahlen haben, in Kraft.
11. Dezember 2023	Politik	Sektorenübergreifende Versorger – Level-I-Krankenhäuser	Zu den Kennzeichen sektorenübergreifender Leistungen gehöre es, so die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Drs. 20/9692), dass diese auch von stationären Versorgungseinrichtungen – selbst von solchen, die erstmals in den Krankenhausplan aufgenommen werden – erbracht werden könnten. Bei den geplanten sektorenübergreifenden Versorgungseinrichtungen (Level Ii) soll es sich um sogenannte Plankrankenhäuser handeln. Die für die Krankenhausplanung zuständige Landesbehörde bestimmt zudem aus dem Kreis der in den Krankenhausplan aufgenommenen Krankenhäuser, welche Häuser künftig als sektorenübergreifende Versorgungseinrichtungen betrieben werden sollen.
11. Dezember 2023	Politik	Defizit von 967 Mio. € in der GKV	Die GKV hat die ersten drei Quartale 2023 mit einem Defizit von 967 Mio. € abgeschlossen. Die Leistungsausgaben stiegen in den ersten neun Monaten um 5,2 %. Dabei stiegen die Ausgaben für Krankenhausbehandlungen um 6,9 % und die Ausgaben für stationär psychiatrische Krankenhausleistungen um fast 14 %.

Termin	Leitbegriff	Vorgang	Legende
7. Dezember 2023	Politik	Krankenhausreform – schriftlicher Schlagabtausch zwischen NRW und dem BMG	Der Konfrontationskurs zwischen Ländern und Bund findet sich auch in Briefwechseln zwischen Karl-Josef Laumann aus NRW, der auch im Namen von sechs weiteren Ländern neue Zugeständnisse beim Krankenhaustransparenzgesetz (KHTG) einfordert, und der „wohlwollenden“ Antwort des Bundesgesundheitsministers Lauterbach, dass es kaum noch Verhandlungsmasse auf Seiten des Bundes gebe. Dadurch wird klar, dass die Bemühungen im Vermittlungsausschuss in schweres Wasser geraten sind.
30. November 2023	Selbstverwaltung	Weniger korrekte Krankenhausabrechnungen	Laut Statistik des GKV-Spitzenverbandes zur Abrechnungsprüfung für das dritte Quartal 2023 ist die Quote der korrekten Krankenhaus-Abrechnungen gegenüber dem ersten Quartal 2023 von 11,3 % auf 10,0 % gesunken.
29. November 2023	Politik	Regierungsfraktionen lehnen Oppositionsanträge für Krankenhaushilfen ab	Die Anträge von CDU/CSU (Drs. 20/7568) und der Linksfraktion (20/7568) zur schnellen finanziellen Stärkung der Krankenhäuser sind von den Ampelfraktionen im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages abgelehnt worden und somit gescheitert.
24. November 2023	Politik	Bundesrat beschließt Pflegeberufestärkungsgesetz, schiebt Krankenhaustransparenzgesetz in den Vermittlungsausschuss und fordert wirtschaftliche Hilfen für Krankenhäuser	Mit der Zustimmung zum Pflegeberufestärkungsgesetz erhalten zukünftig Studierende in der Pflege für die gesamte Dauer ihres Studiums eine angemessene Vergütung. Des Weiteren hat der Bundesrat mit der Mehrheit von 35 Stimmen beschlossen beim Krankenhaustransparenzgesetz den Vermittlungsausschuss anzurufen. Dadurch sind auch die mit diesem Gesetz verbundenen Finanzhilfen i. H. v. mehr als 7 Mrd. € blockiert. Zeitgleich hat der Bundesrat mit breiter Mehrheit weitergehende Finanzhilfen durch den Bund gefordert.
23. November 2023	Politik	Krankenhausreform – Einigung auf Januar 2024 verschoben	Nach kurzer Verhandlung teilen Bundesgesundheitsminister Lauterbach, der GMK-Vorsitzende Lucha und die SPD-Abgeordnete Baehrens mit, dass sie weiter gemeinsam an der Krankenhausreform arbeiten wollen, Ende November ein weiterer Arbeitsentwurf vorliegen soll und sich auf diesen dann in der zweiten Januarwoche 2024 in einer Bund-Länder-Runde geeinigt werden soll.
17. November 2023	Politik	Länder wollen mehr Finanzmittel für Krankenhäuser	NRW, Bayern, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein wollen im Bundesrat am 24. November durchsetzen, dass der Bund durch die GKV mehr Finanzmittel zur kurzfristigen wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und dauerhaften Refinanzierung aktueller sowie künftiger inflations-/tarifbedingter Kostensteigerungen zur Verfügung stellen soll (Bundesrats-Drs. 592/23).
16. November 2023	Selbstverwaltung	Ärztliche Zweitmeinung zu künstlichem Hüftgelenk	Vor dem Hintergrund, dass in Deutschland im internationalen Vergleich überdurchschnittlich viele Hüftgelenkoperationen durchgeführt werden – jährlich bei ca. 240.000 –, beschließt der G-BA, dass Patientinnen und Patienten eine zweite ärztliche Meinung einholen können, wenn ihnen der Einsatz, der Wechsel oder auch die Entfernung einer Total- oder Teilprothese am Hüftgelenk empfohlen wird.

Termin	Leitbegriff	Vorgang	Legende
16. November 2023	Selbstverwaltung	Für Herztransplantationen gilt ab 2026 eine jährliche Mindestmenge von 10 pro Krankenhausstandort	Damit diese planbaren komplexen Eingriffe künftig nur an Standorten mit entsprechender Expertise vorgenommen werden, legt der G-BA die Leistungsmenge als sogenannte Mindestmenge fest: Für Herztransplantationen gilt ab 2026 eine jährliche Mindestmenge von 10 pro Krankenhausstandort. Nur Standorte, die die genannte Mindestmenge nach ihrer im Jahr 2025 abzugebenden Prognose voraussichtlich erreichen oder über eine Ausnahmegenehmigung des jeweiligen Bundeslandes verfügen, dürfen dann grundsätzlich noch Herztransplantationen erbringen. Für die Jahre 2024 und 2025 gilt eine Übergangsregelung.
14. November 2023	Politik	BMG legt Referentenentwurf Pflegepersonalbemessungsverordnung vor	Mit der Vorlage des Referentenentwurfs „Pflegepersonalbemessungsverordnung“ will das BMG seiner Verpflichtung nach § 137k Abs. 4 SGB V nachkommen, um im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) in einer Rechtsverordnung erstmals bis zum 30. November 2023 Vorgaben zur Ermittlung der Anzahl der eingesetzten und der auf der Grundlage des Pflegebedarfs einzusetzenden Pflegekräfte in der unmittelbaren Patientenversorgung von Erwachsenen und Kindern auf bettenführenden Stationen der somatischen Versorgung in den nach § 108 SGB V zugelassenen Krankenhäusern zu erlassen.
13. November 2023	Selbstverwaltung	Lauterbach hält großes Krankenhaussterben für ausgeschlossen – 46. Deutscher Krankenhaustag	Bundesgesundheitsminister Lauterbach hält ein großes Krankenhaussterben trotz Kostensteigerungen und etlicher Insolvenzfälle in Deutschland für unwahrscheinlich. „Ich glaube nicht, dass 2024 das Jahr des Krankenhaussterbens sein wird. Das halte ich für ausgeschlossen“, so der Bundesminister beim 46. Deutschen Krankenhaustag in Düsseldorf.
10. November 2023	Politik	Gesundheitsausschuss empfiehlt Anrufung des Vermittlungsausschusses im Bundesrat	Auf Antrag der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen empfiehlt der Gesundheitsausschuss des Bundesrates, dass dieser am 24. November 2023 das Vermittlungsverfahren zum Krankenhaustransparenzgesetz wegen der „vorläufigen Zuordnung der Leistungsgruppen“ beschließen solle.
10. November 2023	Wissenschaft	Zahl der Klinikbehandlungen junger Menschen wegen Alkoholmissbrauchs 2022 weiter rückläufig	Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die wegen akuter Alkoholvergiftung stationär im Krankenhaus behandelt werden müssen, geht in Deutschland weiter zurück, so Destatis. Im Jahr 2022 waren ca. 11.500 junge Menschen im Alter von 10 bis 19 Jahren wegen akuten Alkoholmissbrauchs stationär in einer Klinik. Das waren 1,3 % weniger als im Jahr 2021 (11.700 Fälle).
6. November 2023	Politik	Keine Einigung auf Krankenhaushilfen	Während der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten mit Bundeskanzler Scholz wurde zwar das Thema Krankenhausfinanzierung erörtert, Beschlüsse für zusätzliche Finanzmittel wurden aber nicht gefasst.

Termin	Leitbegriff	Vorgang	Legende
6. November 2023	Selbstverwaltung	Einigung auf Entgeltkatalog 2024	Die Selbstverwaltungspartner auf Bundesebene vereinbaren den Entgeltkatalog für die Krankenhäuser einvernehmlich. Damit haben sie sich auf die für 2024 geltenden Fallpauschalen (DRG) und somit auf das Finanzierungsvolumen von über 65 Mrd. € verständigt. Gleichzeitig haben sie sich über den Pflegeerlöskatalog 2024 geeinigt, über den die Finanzierung der Pflegepersonalkosten (Pflegebudgets) mit einer Größenordnung von weiteren 20 Mrd. € sichergestellt wird.
6. November 2023	Politik	Außerordentliche GMK-Videokonferenz – 16 Landesgesundheitsministerinnen und -minister sind sich im Widerstand gegen Krankenhausreform einig	Der GMK-Vorsitzende und Baden-Württembergische Gesundheitsminister übersendet in einem Brief an Bundesgesundheitsminister Lauterbach „sieben Hauptkritikpunkte“ der Länder am Arbeitsentwurf aus der Redaktionsgruppe für die Krankenhausreform, die in einer außerordentlichen GMK-Videokonferenz beschlossen wurden. Die Hauptkritikpunkte sind: <ol style="list-style-type: none"> 1. Finanzierungssystem als Kernstück der Reform weiterhin unklar – Folgen für die Krankenhauslandschaft nicht abschätzbar 2. Möglichkeiten für Ausnahmen und Kooperationen bezüglich der Leistungsgruppen frühzeitig und unmittelbar im Reformgesetz regeln 3. Unzureichende Möglichkeiten der Länder zur Zulassung von Ausnahmen von den Anforderungen an die Leistungsgruppen 4. Stellung des Medizinischen Dienstes im Rahmen der Prüfung der Leistungsgruppen entspricht noch nicht einer bloßen Gutachterstelle 5. Die Länder müssen beim Zuschlag für die Koordinierungs- und Vernetzungsaufgaben mit-/entscheiden können 6. Keine Stärkung der Sektorenübergreifenden Versorgung 7. Keine bürokratische Entlastung Darüber hinaus seien sich die Länder „einig, dass der Termin am 23. November 2023“, an dem die nächste Sitzung der Bund-Länder-Gruppe für die Krankenhausreform stattfinden soll, „ausschließlich nur für eine zeit- und ergebnisoffene, politische Aussprache ohne anschließende Pressekonferenz genutzt werden kann“.
5. November 2023	Politik	Union fordert Nothilfen für Krankenhäuser	Vor der am 6. November stattfindenden Konferenz der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten mit Bundeskanzler Scholz haben die Fraktionsvorsitzenden der CDU und CSU aus EU, Bund und Ländern finanzielle Entlastungen für Krankenhäuser gefordert. Sie fordern u. a., dass Krankenhäuser im Bereich der Betriebskosten durch ein sogenanntes Vorschaltgesetz schnell und wirksam entlastet werden müssen.

Termin	Leitbegriff	Vorgang	Legende
2. November 2023	Gesetzgebung	Verkürzte Zahlungsfrist soll auch 2024 gelten	Mit dem Verordnungsentwurf „Sechste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung weiterer Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser“ des BMGs soll die Frist für die Krankenkassen, binnen derer sie die von den Krankenhäusern erbrachten und in Rechnung gestellte Leistungen zu bezahlen haben, auch weiterhin auf fünf Tage festgelegt werden. Zur Begründung wird im Entwurf auf die angespannte wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser verwiesen.
23. Oktober 2023	Wissenschaft	Wissenschaftsrat für stärkere Akademisierung der Gesundheitsfachberufe	Der Wissenschaftsrat empfiehlt eine vermehrte wissenschaftliche Qualifikation in den Gesundheitsfachberufen. Neben der Vollakademisierung der Hebammen sollten künftig bis zu 20 % der weiteren Angehörigen der Gesundheitsfachberufe akademisch ausgebildet werden, heißt es in der Publikation „Perspektiven für die Weiterentwicklung der Gesundheitsfachberufe“.
23. Oktober 2023	Gesetzgebung	BMG legt einen Referentenentwurf für eine vierte Verordnung zur Änderung der Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung vor	Mit dieser Verordnung soll eine Anpassung der in der Anlage zu § 3 Absatz 1 PpUGV enthaltenen Zusammenstellung der Diagnosis Related Groups (Indikatoren-DRGs) vorgenommen werden. Damit soll zum 1. Januar 2024 die jährliche Weiterentwicklung der PpUGV gemäß § 137i Absatz 1 SGB V gewährleistet werden.
19. Oktober 2023	Selbstverwaltung	G-BA setzt Sanktionen bei Unterschreiten der Mindestpersonalvorgaben aus	Der G-BA beschließt, dass psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen bis 2026 Aufschub erhalten, um sich auf die Personalvorgaben der Richtlinie „Personalausstattung in Psychiatrie und Psychosomatik“ (PPP-Richtlinie) einzustellen. Bis dahin müssen sie keine finanziellen Konsequenzen befürchten, wenn sie diese unterschreiten. Zugleich müssen die Einrichtungen auch 2026, wenn die Sanktionsregelungen erstmals greifen sollen, nur 90 % der Mindestvorgaben erfüllen.
19. Oktober 2023	Wissenschaft	Von 2012 bis 2022 wurden rd. 1.100 Krankenhausbetten für Kinder abgebaut	Destatis teilt mit, dass in den vergangenen zehn Jahren in Deutschland insgesamt rd. 1.100 Krankenhausbetten in speziellen Kinderfachabteilungen abgebaut wurden. Das entspricht einem Rückgang um 4 %.
19. Oktober 2023	Politik	56 Krankenhäuser mit einer Geburtshilfe erhalten zusätzliche Finanzmittel	Die Bundesregierung teilt in ihrer Antwort (Drs. 20/8943) auf die Anfrage der Fraktion DIE Linke mit, dass seit 2020 für bedarfsnotwendige Krankenhäuser im ländlichen Raum eine zusätzliche pauschale Förderung gewährt wird. Für das Jahr 2023 steht 56 Krankenhäusern mit einer Geburtshilfe solch eine pauschale finanzielle Unterstützung zu. Des Weiteren ist die Anzahl der in Krankenhäusern tätigen Hebammen/Entbindungspfleger von 10.544 in 2012 auf 12.329 in 2022 angestiegen.
19. Oktober 2023	Gesetzgebung	Krankenhaustransparenzgesetz	Mit den Stimmen der Ampelfraktionen beschließt der Deutsche Bundestag das Krankenhaustransparenzgesetz (KHTG).

Termin	Leitbegriff	Vorgang	Legende
18. Oktober 2023	Politik	Anhörung zu Anträgen für Vorschaltgesetze	Die von CDU/CSU (Drs. 20/8402) und Linksfraktion (Drs. 20/7568) getrennt eingebrachten Anträge für ein Vorschaltgesetz vor der Krankenhausreform stehen im Mittelpunkt der öffentlichen Anhörung des AfG. Nach Ansicht der DKG ist ein Vorschaltgesetz zwingend notwendig, um die hohen Kosten durch Inflation, Energie und Tarifsteigerungen zu überbrücken. Dem widersprechen GKV-SV und WIdO, denn es sei nicht zielführend und wirtschaftlich, die Klinikkapazitäten dauerhaft von der Nachfrageentwicklung abzukoppeln.
18. Oktober 2023	Gesetzgebung	Pflegestudiumsgesetz gebilligt	Der Gesundheitsausschuss hat das Pflegestudiumstärkungsgesetz (PfStuStG) mit zahlreichen Änderungen mehrheitlich gebilligt. Bei den beschlossenen sachbezogenen Änderungen geht es unter anderem um die Ausübung heilkundlicher Aufgaben durch Pflegefachpersonen. So sollen in die hochschulische Pflegeausbildung erweiterte Kompetenzen für die selbstständige Ausübung von Tätigkeiten der Heilkunde integriert werden. Konkret geht es dabei um die Integration der Fachmodule Diabetische Stoffwechsellage, Chronische Wunden und Demenz. Zudem sollen Pflegestudenten künftig eine Ausbildungsvergütung erhalten. Das Pflegestudium soll zugleich als duales Studium ausgestaltet werden, mit einem theoretischen und einem praktischen Ausbildungsanteil. Die praktische Ausbildung wird aus einem Ausgleichsfonds in den Ländern finanziert.
17. Oktober 2023	Politik	Länder formulieren Nachbesserungsbedarf am Krankenhaustransparenzgesetz	Im Namen von 14 Bundesländern – ohne Berlin und Saarland – übermittelt der GMK-Vorsitzende Lucha die Nachbesserungswünsche der Länder an BM Lauterbach. Darüber hinaus teilen sie mit, dass sie die Maßnahmen zur kurzfristigen Verbesserung der Liquidität der Krankenhäuser als noch nicht ausreichend bewerten und fordern eine weitergehende finanzielle Überbrückungshilfe durch den Bund.
13. Oktober 2023	Politik	Geschätzt bis zu 20.000 Tote durch nosokomiale Infektionen	Experten schätzen die Zahl der sogenannten nosokomialen Infektionen auf 400.000 bis 600.000 pro Jahr und die Zahl der Todesfälle auf 15.000 bis 20.000, so die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Drs. 20/8439).
12. & 13. Oktober 2023	Politik	Forderung der Länder: 5 Mrd. € Nothilfe für Kliniken	Die in Frankfurt a. M. tagenden Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fordern vom Bund noch für das Jahr 2023 durch ein Vorschaltgesetz 5 Mrd. € an Nothilfe für existenzbedrohte Krankenhäuser bereitzustellen.
5. Oktober 2023	Selbstverwaltung	G-BA klagt gegen BMG	Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat beschlossen, gegen die Beanstandung seines Richtlinien-Beschlusses zur „Ersteinschätzung in der stationären Notfallversorgung“ durch das BMG vor dem Landessozialgericht Berlin-Brandenburg zu klagen. In diesem Zusammenhang äußert er seine Kritik am Krankenhaustransparenzgesetz.

Termin	Leitbegriff	Vorgang	Legende
5. Oktober 2023	Gesetzgebung	Ersatzvornahme des BMG zur Einführung von Hybrid-DRG	Nachdem GKV-SV, DKG und KBV im April das Scheitern ihrer Verhandlungen zur Umsetzung der Hybrid-DRG-Vergütung erklärt hatten, legt das BMG seine Ersatzvornahme für eine spezielle sektorengleiche Vergütung im Rahmen einer Rechtsverordnung vor.
4. Oktober 2023	Politik	Lauterbach bietet mehr Geld für Krankenhäuser	In einem Brief an die Landesgesundheitsministerinnen und -minister zu den anstehenden Beratungen zum Krankenhaustransparenzgesetz, bietet der Bundesgesundheitsminister an, die Liquidität der Krankenhäuser kurzfristig durch verschiedene Maßnahmen zu verbessern, u. a. durch eine frühzeitige Refinanzierung von Tarifsteigerungen beim Pflegepersonal, Erhöhung des vorläufigen Pflegeentgeltwerts von 230 € auf 250 € und schnelleren Ausgleich der noch nicht finanzierten Pflegekosten.
29. September 2023	Wissenschaft	Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung legt Achte Stellungnahme und Empfehlung „Psychiatrie, Psychosomatik und Kinder und Jugendpsychiatrie („Psych-Fächer““ vor	Die Regierungskommission empfiehlt in ihren Reformvorschlägen u. a., dass Abteilungen der Psych-Fächer an allen Krankenhäusern der Level 1 bis 3(U) geführt werden. Level-1i-Krankenhäuser sollen mit entsprechenden Kliniken oder Abteilungen der Psych-Fächer kooperieren, insbesondere auf dem Gebiet der geronto-psychiatrischen Versorgung. In der Versorgung der Kinder- und Jugendpsychiatrie sollen die bestehenden regionalen Unterschiede vor allem in unterversorgten Regionen ausgebaut und dort soll auch die ambulante Versorgung sichergestellt werden, wenn die Versorgungslücke nicht durch niedergelassene Ärzte geschlossen werden kann.
28. September 2023	Wissenschaft	Deutlich weniger stationäre Behandlungsfälle als im Jahr 2019	Die Zahl der stationären Behandlungsfälle ist 2022 gegenüber 2021 um rund 63.000 bzw. 0,4 % auf 16,8 Mio. gestiegen und lag dennoch weiterhin deutlich (-13,4 %) unter dem Vor-Corona-Niveau des Jahres 2019 von 19,4 Mio. Die Bettenauslastung insgesamt betrug 69,0 %, die Auslastung der Intensivbetten 68,7 %. Im Jahr 2019 hatte die Bettenauslastung insgesamt noch bei 77,2 % gelegen, so Destatis (Nr. 386).
27. September 2023	Politik	Anhörung des Gesundheitsausschusses zum Entwurf für das Krankenhaustransparenzgesetz	Die Sachverständigen von DKG und Marburger Bund äußerten sich kritisch zu dem Gesetzesvorhaben. „Mit dem Entwurf werde die fortgeschrittene Qualitätsberichterstattung der Krankenhäuser ignoriert und konterkariert“. Unterstützung erhält das Vorhaben u. a. durch die Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe (BAG Selbsthilfe), dem Deutschen Pflegerat (DPR) und dem Aktionsbündnis Patientensicherheit (APS), wengleich hierbei jeweils Nachbesserungsbedarfe betont werden. So sei laut DPR der Vergleich von Strukturdaten ohne Bezug zum Patientenmix abzulehnen.
27. September 2023	Gesetzgebung	Anhörung des Gesundheitsausschusses zum Pflegestudienstärkungsgesetz	Zur Anhörung des Gesundheitsausschusses liegen 20 fachfremde Änderungsanträge vor, u. a. zum Vorziehen des Leistungskatalogs für sektorengleiche Leistungen (Hybrid-DRGs) um 1 Jahr.

Termin	Leitbegriff	Vorgang	Legende
26. September 2023	Gesetzgebung	Dolmetscherkosten für Flüchtlingsbehandlung sind nicht durch den Sozialträger zu übernehmen	Niedergelassene Ärzte und Krankenhäuser – als Erbringer einer medizinischen Behandlung – haben grundsätzlich keinen eigenen Anspruch gegen den Leistungsträger nach dem AsylbLG auf Übernahme der mit der Behandlung einhergehenden Dolmetscherkosten, entschied das Landessozialgericht (LSG) Niedersachsen-Bremen (Az.: L 8 AY 24/21).
20. September 2023	Politik	BMG veröffentlicht Faktenblatt zur Situation der Krankenhäuser	Zum Protesttag der DKG hat das BMG ein Faktenblatt zur Situation der Krankenhäuser erstellt. In diesem werden die finanziellen Unterstützungsleistungen für Kliniken veröffentlicht, u. a.: – Erhalt von Versorgungsaufschlägen und Ausgleichszahlungen i. H. v. rund 21,5 Mrd. € aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie von März 2020 bis Juni 2022 – Für energiebedingte höhere Kosten werden zusätzlich 6 Mrd. € zur Verfügung gestellt – Erhöhung Pflegeentgeltwert: Der vorläufige Pflegeentgeltwert von 163,09 € wurde für die zweite Hälfte des Jahres 2022 auf 200 € je Tag und seit dem 01.01.2023 auf 230 € je Tag angehoben – Förderung von pädiatrischen Leistungen (zusätzliche Bereitstellung von 300 Mio. € in den Jahren 2023 und 2024) – Förderung von Geburtshilfeabteilungen (nach Königsteiner Schlüssel für 2023 und 2024, jeweils 120 Mio. €)
19. September 2023	Politik	Antrag der Fraktion der CDU/CSU: „Vorschaltgesetz jetzt beschließen und kalte Strukturbereinigung in der deutschen Krankenhauslandschaft verhindern“	Die Bundesregierung wird mit Antrag (Drs. 20/8402) aufgefordert, ein Vorschaltgesetz auf den Weg bringen, um ungeordnete kalte Strukturbereinigungen und Masseninsolvenzen zu verhindern sowie die Krankenhausversorgung so lange stabil zu halten, bis die anstehende Krankenhausreform ihre Wirkung entfaltet. „Die Krankenhäuser in Deutschland sind u. a. durch die Energiepreissteigerungen sowie durch die inflationsbedingten Mehrkosten infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine in weiten Teilen zu einem finanziellen Notfall geworden.“ Hingewiesen wird auch auf die von der DKG eingebrachten Warnungen vor Insolvenzen, wonach ein Defizit von ca. 10 Mrd. € noch 2023 für alle Kliniken erwartet wird. Gefordert wird u. a. die Durchführung einer Analyse und Prognose zum zusätzlichen Finanzbedarf der Krankenhäuser bei weiter anhaltender Inflation.
8. September 2023	Politik	Rettungsdienst soll Teil der KH-Reform werden	Bundesgesundheitsminister Lauterbach kündigt auf einer Veranstaltung auf dem Charité-Campus „Benjamin Franklin“ zur Präsentation des Reform-Konzepts an, noch einmal prüfen zu wollen, ob die bislang separat geplante Notfallreform nicht noch in die Krankenhausstrukturreform integriert werden kann.

Termin	Leitbegriff	Vorgang	Legende
7. September 2023	Wissenschaft	Neunte Stellungnahme und Empfehlung der Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung: Reform der Notfall- und Akutversorgung: Rettungsdienst und Finanzierung	Zu den Reformbedarfen der Rettungsdienste empfiehlt die Regierungskommission, dass die Anforderungen an die Struktur-, Prozess- und soweit möglich Ergebnisqualität sowie die Qualifikation des eingesetzten Personals in Leitstellen und der Notfallrettung länderübergreifend vereinheitlicht werden sollten. Ebenfalls wird die Etablierung eines Notfallversorgungsregisters mit zusammengeführten Kerndaten des KV-Notdienstes, Rettungsdienstes, von Notaufnahmen sowie perspektivisch Integrierten Notfallzentren empfohlen.
30. August 2023	Gesetzgebung	Bundeskabinett beschließt Entwürfe zum Digitalgesetz (DigiG) und Gesundheitsdatennutzungsgesetz (GDNG)	Mit dem Digital-Gesetz wird u. a. die Nutzung der elektronischen Patientenakte (ePA) im Rahmen einer Krankenhausbehandlung vorgesehen. Zur flächendeckenden Nutzung der ePA in der Versorgung soll auf eine Widerspruchslösung („Opt-out“) umgestellt werden. Mit dem Gesundheitsdatennutzungsgesetz ist die Verknüpfung und Nutzung von Gesundheitsdaten für Nutzungsberechtigte vorgesehen, z. B. zu den Daten des Forschungsdatenzentrums Gesundheit mit den Daten der klinischen Krebsregister der Länder nach § 65c SGB V.
18. August 2023	Politik	Antwort der Bundesregierung (Drs. 20/8062) zur „Entbürokratisierung in der Krankenhausversorgung“	Die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU (Drs. 20/7924) beinhaltet u. a. Fragen nach den Auswirkungen des Bürokratieaufwandes von ärztlichem und pflegerischem Personal in Krankenhäusern in Bezug auf ihre eigentliche Arbeit für Patienten sowie nach dem %ualen Anteil an der Arbeitszeit. Die Bundesregierung antwortet, dass die Dokumentation wie das Schreiben von Entlassungsberichten als genuin ärztliche und pflegerische Tätigkeiten zur „eigentlichen Arbeit“ für die Patientinnen und Patienten gehört; „sie dienen insbesondere der Informationsweitergabe und der Wissensgenerierung“. Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass die ermittelten Zeitangaben aus der Mitgliederbefragung des Marburger Bundes zum Beispiel sämtliche administrativen und organisatorischen Aufgaben, die in Krankenhäusern unter Einbindung von Gesundheitsfachkräften erledigt werden, berücksichtigen.
17. August 2023	Qualität	Medizinischer Dienst Bund: „Behandlungsfehlerbegutachtung 2022: Immer wieder die gleichen Fehler“	Der Medizinische Dienst hat seine aktuelle Jahresstatistik zur Behandlungsfehlerbegutachtung vorgestellt. Danach wurden 2022 13.059 fachärztliche Gutachten zu vermuteten Behandlungsfehlern erstellt. Bei 3.221 Fällen wurde ein Fehler mit Schaden bestätigt, bei 2.696 Fällen war der Fehler Ursache für den erlittenen Schaden.

Termin	Leitbegriff	Vorgang	Legende
16. August 2023	Gesetzgebung	BMG gibt Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Qualität der stationären Versorgung durch Transparenz (Krankenhaustransparenzgesetz) in die Verbändeanhörung	Transparenz und Qualität der Krankenhausbehandlung sollen im Wesentlichen mithilfe der Errichtung und Veröffentlichung eines Transparenzverzeichnisses nachhaltig gestärkt werden. Zum 01.04.2024 sollen Informationen bezogen auf Krankenhausstandorte, zum jeweiligen Leistungsangebot, zur personellen Ausstattung und zu Qualitätsdaten ohne Personenbezug im Transparenzverzeichnis durch das BMG veröffentlicht werden. Grundlage ist die Datenaufbereitung durch das IQTIG. Dafür wird das Leistungsangebot eines jeweiligen Krankenhausstandortes differenziert nach 65 Leistungsgruppen dargestellt.
15. August 2023	Selbstverwaltung	Bundesweiter Protesttag – Kliniken fordern Inflationsausgleich	Mit einem bundesweiten Protesttag wollen die Krankenhäuser auf ihre schwierige wirtschaftliche Lage aufmerksam machen. Hierzu werden Demonstrationen in mehreren Bundesländern sowie eine Kundgebung in Berlin angekündigt. Die Kliniken fordern einen Ausgleich der durch die anhaltende Inflation stark gestiegenen Kosten.
9. August 2023	Politik	Antwort der Bundesregierung (Drs. 20/8011) zum „Tarifabschluss im öffentlichen Dienst – Sachgerechte Refinanzierung der Kosten für die Krankenhäuser“	Die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU (Drs. 20/7736) beinhaltet u. a., die Fragen, wie sichergestellt wird, dass die Krankenhäuser durch die jüngsten Tarifabschlüsse nicht weiter in finanzielle Bedrängnis bis hin zur Insolvenz geraten sowie ob Instrumente geplant werden, um sicherzustellen, dass die Tarifierhöhungen den Leistungserbringern bereits unterjährig im Jahr 2023 refinanziert werden. Darauf antwortet die Bundesregierung, dass geprüft werden soll, ob weitere Maßnahmen zur Liquiditätssicherung mit Bezug auf die Tarifkostenentwicklung notwendig sind. Bei der Prüfung wird u. a. die Finanzierbarkeit entstehender Mehrbelastungen durch die Beitragszahlenden wie durch die Arbeitgeber zu berücksichtigen sein.
26. Juli 2023	Wissenschaft	Bundesamt für Soziale Sicherung veröffentlicht Tätigkeitsbericht 2022	In dem Tätigkeitsbericht werden u. a. Angaben zu den finanziellen Zuweisungen des Krankenhausstrukturfonds, des Krankenhauszukunftsfonds sowie zu den Finanzhilfen des Gesundheitsfonds im Rahmen der Corona-Pandemie veröffentlicht. So wurden für den Bereich Krankenhäuser 500 Mio. € für die Corona-Prämie 2022 für Pflegekräfte, ca. 4,08 Mrd. € für Ausgleichszahlungen wegen der Nichtbelegung von Betten (Ausgleichszeitraum: 15.11.2021 bis 18.04.2022) und 3,06 Mrd. € für den Versorgungsaufschlag aufgrund von Sonderbelastungen durch das Coronavirus SARS-CoV-2 (Ausgleichszeitraum: 01.11.2021–30.06.2022) bereitgestellt.

Termin	Leitbegriff	Vorgang	Legende
13. Juli 2023	Gesetzgebung	BMG gibt Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Digitalisierung des Gesundheitswesens (Digitalgesetz – DigiG) in die Verbändeanhörung	Der Referentenentwurf enthält u. a. Konkretisierungen zur Speicherung von Daten in der elektronischen Patientenakte sowie zu deren Zugriffsberechtigungen oder Übermittlung an die Versicherten.
7. Juli 2023	Wissenschaft	Medizinischer Dienst Bund „Strukturprüfungen im Krankenhaus: Mindestanforderungen werden nicht immer eingehalten“	Der Medizinische Dienst Bund zieht als Fazit seiner aktuellen Auswertung aus 8.900 OPS Strukturprüfungen zu technischen, organisatorischen und personellen Anforderungen (Strukturmerkmale): „Krankenhäuser erfüllen in vielen, aber nicht in allen Fällen die geforderte Qualität, um bestimmte Leistungen anbieten und (...) abrechnen zu können. Das gilt auch für Leistungen zur Versorgung von Menschen mit schweren und schwersten Erkrankungen“. Danach waren die strukturellen Voraussetzungen für insgesamt 54 Krankenhausleistungen in 92,5 % der im vergangenen Jahr geprüften Fälle erfüllt. Jede dritte Prüfung (36 %) wurde zu intensivmedizinischen oder palliativmedizinischen Leistungen oder zur Behandlung von Menschen mit Schlaganfall auf einer Stroke Unit durchgeführt. In 9,2 % der geprüften Fälle waren die Voraussetzungen nicht ausreichend erfüllt.
7. Juli 2023	Gesetzgebung	Bundesrat billigt das Gesetz zur Änderung des Erdgas-Wärme-Preisbremsegesetzes, zur Änderung des Strompreisbremsegesetzes sowie zur Änderung weiterer energie-wirtschaftlicher, umweltrechtlicher und sozialrechtlicher Gesetze	Das Gesetz sieht u. a. eine zweite pauschale Zahlung i. H. v. insgesamt 2,5 Mrd. € an Krankenhäuser zum Ausgleich für die Steigerungen indirekter Energiekosten vor. Darüber hinaus wird geregelt, dass Krankenhäuser die Kosten einer durchgeführten Energieberatung i. H. v. bis zu 7.500 bzw. 10.000 € erstattet bekommen können.

Termin	Leitbegriff	Vorgang	Legende
6. Juli 2023	Politik	Abschluss GMK: BMG/Position der Länder zum Eckpunktepapier „Krankenhausreform“ vorgelegt	In den finalen Eckpunkten einer Krankenhausreform ist u. a. für die Vorhaltung von Strukturen in Krankenhäusern die Einführung einer Vorhaltevergütung vorgesehen. Diese soll weitgehend unabhängig von der Leistungserbringung sein und sich an Leistungsgruppen orientieren, die definierten Qualitätskriterien unterliegen. Darüber hinaus ist die Etablierung der Sektorenübergreifenden Versorger („Level 1i-Krankenhäuser“) für die sektorenübergreifende und integrierte Gesundheitsversorgung geplant. Entwickeln sollen sich diese regelhaft aus dem stationären Bereich, insbesondere durch die Umwandlung bisheriger Krankenhäuser oder auch aus ambulanten Versorgungsmodellen heraus. Im Rahmen der GMK bestand Dissens u. a. zur bundesgesetzlichen Finanzierung der Reform, zur Sicherung der Liquidität der Krankenhäuser und zur Vermeidung eines kalten Strukturwandels in den Jahren 2024, 2025. Dies betrifft auch Tarifsteigerungen sowie gestiegene Energiekosten.
6. Juli 2023	Selbstverwaltung	DKG zur G-BA Entscheidung: „G-BA schränkt die ambulante Notfallversorgung am Krankenhaus zum Nachteil der Patienten ein“	Die Entscheidung des G-BA hat aus Sicht der DKG „zur Folge, dass ein wesentlicher Teil von hilfesuchenden Patientinnen und Patienten an Tresen der Notaufnahmen in den Krankenhäusern abgewiesen werden muss, ohne dass der konkrete Hilfebedarf der Patienten durch eine ärztliche Untersuchung eingeschätzt wird. (...) Da bis heute und auch absehbar kein valides Ersteinschätzungsverfahren existiert, das es erlaubt, ambulante Notfälle medizinisch exakt und verlässlich in dringende und weniger dringende Fälle einzuteilen, hatte sich die DKG bis zuletzt im G-BA dafür eingesetzt, dass Krankenhäuser keine Patienten abweisen müssen, ohne dass eine ärztliche Einschätzung der Dringlichkeit und ggfs. eine Erstversorgung erfolgt“.
6. Juli 2023	Selbstverwaltung	G-BA definiert Vorgaben für das Ersteinschätzungsverfahren in Notaufnahmen	Durch die Richtlinie des G-BA werden u. a. Mindestanforderungen an das Verfahren zur Ersteinschätzung, das digitale Assistenzsystem und die Qualifikation des beteiligten medizinischen Personals vorgegeben. Damit soll verlässlich beurteilt werden, wie dringend bei Hilfesuchenden der Behandlungsbedarf ist.
4. Juli 2023	Politik	Antrag der Mitglieder der Links-Fraktion (Drs. 20/7568): Keine Krankenhaus-schließungen aus wirtschaftlichen Gründen – Defizit ausgleich als Vorschaltgesetz vor Krankenhausreform	Aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Situation der Krankenhäuser wird die Bundesregierung zur Einbringung eines Gesetzentwurfs aufgefordert, u. a. sollen darin die Defizite aller Krankenhausträger, die aus dem Betrieb von Plankrankenhäusern entstehen, bis zum finanzwirksamen Inkrafttreten einer umfassenden Krankenhausreform ausgeglichen werden.

Termin	Leitbegriff	Vorgang	Legende
3. Juli 2023	Selbstverwaltung	Änderungsvereinbarung vom 03.07.2023 zur Vereinbarung zur Finanzierung der bei den Krankenhäusern entstehenden Ausstattungs- und Betriebskosten im Rahmen der Einführung und des Betriebs der Telematikinfrastruktur gemäß § 377 Absatz 3 SGB V	Mit der Vereinbarung haben sich GKV und DKG geeinigt: Für Digitalprojekte, die im Rahmen des KHZG eingeführt werden, wurde die Frist zur Fertigstellung bis zum 31.12.2024 um ein Jahr verlängert. Eine Nichteinhaltung der festgelegten Umsetzungsfrist ab dem 01.01.2025 geht mit Sanktionen (bis zu 2 % des Rechnungsbetrages je voll- bzw. teilstationären Fall) einher. Ebenfalls wurde die Frist für Anwendungen wie ein Patientenportal und die Behandlungsdokumentation verlängert.
28. Juni 2023	Politik	Antwort der Bundesregierung (Drs. 20/7493) zu den Auswirkungen der avisierten Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes auf Krankenhäuser, Reha-Kliniken und Einrichtungen der Altenpflege	Auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU (Drs. 20/7176) antwortet die Bundesregierung auf die Fragen zur relevanten Gesamtanzahl der Gebäude von Krankenhäusern, die nach jeweiligen Beheizungsarten (Wärmepumpen, Fernwärme, Hybridheizungen, Wasserstoff etc.) heizen, dass aus eigenen Erhebungen keine Erkenntnisse vorliegen. Zur Frage, wie hoch der durchschnittliche Investitionsbedarf in Krankenhäusern für einen etwaigen Heizungs austausch samt weiterer erforderlicher Maßnahmen ist, wird geantwortet, dass der durchschnittliche Investitionsbedarf je Krankenhaus nicht ermittelt werden kann, da diese in Bezug auf ihre Energieeffizienz sehr heterogen aufgestellt sind sowie der Investitionsbedarf stark von der Größe der Krankenhäuser abhängt.
28. Juni 2023	Wissenschaft	Rd. 1.500 Krankenhausbehandlungen im Jahr bedingt durch Hitze und Sonnenlicht	Wie Destatis mitteilt, führten Hitzschläge, Sonnenstiche und andere durch Hitze oder Sonnenlicht verursachte Schäden im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2021 zu knapp 1.500 Krankenhausbehandlungen jährlich.
23. Juni 2023	Politik	Bundestag beschließt Energiepreisbremse	Mit dem Beschluss stehen zwei Drittel der Energiehilfen (4,0 von 6,0 Mrd. €) für die indirekte Förderung zur Verfügung. Für die konkret nachgewiesenen Kostensteigerungen der leitungsgebundenen Energieträger verbleiben damit 2,0 Mrd. €.
22. Juni 2023	Wissenschaft	Qualität rettet Leben	Werden komplizierte medizinische Behandlungen ausschließlich in dafür spezialisierten Kliniken durchgeführt, verbessert sich die Versorgungsqualität und häufig auch die Wahrscheinlichkeit mehr Leben zu retten, etwa bei Schlaganfällen und Krebserkrankungen. Zu diesem Schluss kommt eine Potenzialanalyse der „Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung“, die heute in Berlin vorgestellt wurde. Anhand von Fallbeispielen hat die Regierungskommission untersucht, wie sich Spezialisierung und Erfahrung auf den Erfolg der Krankenhausbehandlung auswirken.

Termin	Leitbegriff	Vorgang	Legende
15. Juni 2023	Wissenschaft	Krankenhaus Rating Report 2023 – ein Drittel der Kliniken 2021 mit Jahresverlust	Der Krankenhaus Rating Report 2023 zeigt auf, dass sich die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser im Jahr 2021 weiter verschlechtert hat. 11 % lagen im „roten Bereich“ mit erhöhter Insolvenzgefahr. Maßgeblich für die schlechtere wirtschaftliche Lage der Kliniken war der Rückgang der Ausgleichszahlungen im Rahmen der Covid-19-Pandemie bei einem nach wie vor geringen Leistungsniveau der Krankenhäuser.
12. Juni 2023	Selbstverwaltung	Einigung zur Tagesbehandlung	DKG und GKV-SV treffen eine Abrechnungsvereinbarung für Tagesbehandlungen (§ 115e SGB V). Für Krankenhäuser, die Behandlungen ohne Übernachtung erbringen, wird eine „Übernachtungspauschale“ (circa 150 €) vom DRG-Erlös abgezogen. Der Abzugsbetrag wird durch Multiplikation der Anzahl der Nächte mit dem Faktor 0,04 und dem im jeweiligen Bundesland für die Abrechnung geltenden Landesbasisfallwert berechnet.
9. Juni 2023	Gesetzgebung	BMG gibt Entwurf eines Gesetzes zur verbesserten Nutzung von Gesundheitsdaten (Gesundheitsdatennutzungsgesetz – GDNG) in die Verbändeanhörung	Mit dem Referentenentwurf wird u. a. das Ziel verfolgt, die im Forschungsdatenzentrum (FDZ) vorliegenden Abrechnungsdaten der gesetzlichen Krankenkassen für Nutzungsberechtigte breiter und schneller nutzbar zu machen, z. B. für die Planung von Leistungsressourcen oder für die Krankenhausplanung.
1. Juni 2023	Politik	Bund und Länder verständigen sich auf Grundstrukturen – Level bleiben strittig	In der Pressekonferenz teilten sowohl Bundesgesundheitsminister Lauterbach (SPD) – für den Bund – als auch Hamburgs Gesundheitsministerin Melanie Schlotzhauer (SPD) sowie die Landesgesundheitsminister aus NRW und Baden-Württemberg Karl-Josef Laumann (CDU) und Manne Lucha (Grüne) – für die Länder – mit, dass sie sich bzgl. der Krankenhausreform auf eine Grundstruktur auf Grundlage der von NRW definierten Leistungsgruppen sowie bundesweit einheitliche Qualitätskriterien geeinigt haben. Die Länder lehnen jedoch nach wie vor die vom Bund definierten und vorgegebenen Level ab. Am 29. Juni sollen jedoch die Eckpunkte zur Reform vorgestellt werden.
31. Mai 2023	Selbstverwaltung	Quote korrekter Krankenhausabrechnungen gesunken	Der GKV-Spitzenverband veröffentlicht die Statistik zur Abrechnungsprüfung für das erste Quartal 2023. 700 Krankenhäuser (41,3 %) hatten im 1. Quartal 2023 60 % oder mehr als 60 % unbeanstandete Rechnungen. Daraus resultieren für das 3. Quartal 2023 Prüfquoten von 5 % und eine Aufschlagshöhe von 0 %. Im Vergleich dazu waren es im 4. Quartal 2022 noch 760 Krankenhäuser (45 %).

Termin	Leitbegriff	Vorgang	Legende
26. Mai 2023	Politik	Patienten aus der Notaufnahme sollen nicht in die Vertragsarztpraxis weitergeleitet werden	Mit einem Änderungsantrag zum Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz (PUEG) beschließt der Deutsche Bundestag mehrheitlich eine Neuerung bei der Ersteinschätzungs-Richtlinie für Notfallpatienten im Krankenhaus. In der Richtlinie soll der GBA festlegen, nach welchen Kriterien Notfallpatienten in die richtige Versorgungsebenen gesteuert werden können. Außer der Behandlung schwerer Fälle in der Notaufnahme des Krankenhauses war ursprünglich vorgesehen, dass Patienten an eine Krankenhaus-Notdienstpraxis oder in die vertragsärztliche Versorgung weitergeleitet werden. Dem Beschluss zufolge wird eine Weiterleitung von der Krankenhaus-Notaufnahme an Praxen grundsätzlich nicht mehr möglich sein.
25. Mai 2023	Politik	Milliardenhilfen für die Krankenhäuser zum Ausgleich der Inflationsbelastung	Im Deutschen Bundestag wird im Rahmen der 1. Lesung das Erdgas-Wärme-Preisbremsen- und Strompreisbremsengesetz beraten. Zum Ausgleich der Inflationsbelastung sollen rd. 2,5 Mrd. € als pauschale Energiehilfen an die Krankenhäuser ausgezahlt werden.
24. Mai 2023	Politik	Bund will Pflegestudium finanziell unterstützen	Auf Vorschlag des BMG und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) beschließt das Bundeskabinett, dass Studierende in Pflegestudiengängen an Hochschulen künftig für die Dauer ihres Studiums eine „angemessene Vergütung“ erhalten sollen.
23. Mai 2023	Politik	Kaminabend zur Krankenhausreform	Im vertraulichen Kamingespräch hat Bundesminister Lauterbach den Ländern die angekündigte Zuordnung der Kliniken zu den Levels präsentiert. Demnach fallen 1.111 der 1.719 somatischen Klinikstandorte in das Level 1, 472 ins Level 2 und 137 ins Level 3. Von den 1.111 Häusern im Level 1 sind 422 Kliniken jene mit Notfallversorgungsstatus (Level 1n). Die übrigen Häuser dieses Levels sind entweder Level 1i oder potenzielle Fachkliniken (Level F), für die es aber noch keine Definition gibt.
23. Mai 2023	Wissenschaft	Zahl der stationären Hautkrebsbehandlungen binnen 20 Jahren um 75 % gestiegen	105.700 Menschen wurden 2021 mit der Diagnose Hautkrebs im Krankenhaus stationär behandelt. Das waren knapp 75 % mehr Fälle als im Jahr 2001, so Destatis.
17. Mai 2023	Selbstverwaltung	Jahresbericht 2022 der Deutschen Stiftung Organtransplantation	Das Jahr 2022 war insbesondere im ersten Quartal durch einen unerwarteten Rückgang bei der Zahl der Organspenden und Transplantationen geprägt.
16. bis 19. Mai 2023	Selbstverwaltung	127. Deutscher Ärztetag	Klaus Reinhardt, Präsident der BÄK, bezeichnet es für einen „schweren politischen Fehler“, dass Bundesgesundheitsminister Lauterbach das Engagement der ärztlichen Kolleginnen und Kollegen als Lobbyismus diskreditiere, statt das wertvolle Erfahrungswissen für die gesundheitspolitische Arbeit zu nutzen. Reinhardt, der sich bei den Wahlen knapp gegen die Herausforderin Dr. Susanne Johna vom Marburger Bund durchsetzte, wurde zudem als Präsidenten der Bundesärztekammer bestätigt.

Termin	Leitbegriff	Vorgang	Legende
12. Mai 2023	Politik	Pflegekräfte wollen eine angemessene Bezahlung, mehr Kolleginnen und Kollegen und digitale Entlastung	Pflegekräfte und Auszubildende in der Pflege wünschen sich im Beruf nicht nur eine angemessene Bezahlung und mehr Kolleginnen und Kollegen. Sie wollen auch mehr Unterstützung bei der Kinderbetreuung, verlässliche Dienstpläne und mehr digitale Unterstützung sowie Entlastung im Arbeitsalltag. Das sind die Ergebnisse einer Studie des BMG zur Arbeitsplatzsituation in der Akut- und Langzeitpflege, die anlässlich des Internationalen Tags der Pflegenden veröffentlicht wird.
11. Mai 2023	Politik	Patienten ohne Ersteinschätzung sollen 20 € Notfallgebühr bezahlen	In dem Antrag, den die Mitglieder der AG Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beraten, wird u. a. vorgeschlagen, dass Patienten, die ohne eine vorherige telefonische Ersteinschätzung die Krankenhaus-Notaufnahme beanspruchen, eine Gebühr von 20 € zahlen sollen. Die CDU/CSU-Fraktion bringt diese Forderung aber nicht ein. Stattdessen wird im beschlossenen Antrag (Drs. 20/7194) nur eine „Öffentlichkeitskampagne“ gefordert.
8. Mai 2023	Politik	Klausur des Koordinierungskreises zur Krankenhausreform	Im Rahmen der Klausurtagung, die primär zur Vorbereitung des Treffens der Bund-Länder-Gruppe am 23. Mai dienen soll, wurde bekannt, dass die Geburtshilfe nicht auf Level 2 beschränkt bleiben soll, sondern auch Level-1-Häusern zugeordnet werden kann. Außerdem soll es eine neue Level-Kategorie „F“ für Fachkliniken einschließlich Bundeswehrkrankenhäuser und berufsgegensenschaftliche Kliniken geben.
3./4. Mai 2023	Politik	Krankenhausplanung soll Ländersache bleiben	Die Amtschefkonferenz (ACK) macht deutlich, dass die Bundesländer bei der geplanten Krankenhausreform ihren Widerstand gegen die Einführung von vorgegebenen und bundeseinheitlichen Versorgungsstufen aufrechterhalten wollen. Darüber hinaus fordern sie u. a. zusätzliche Bundesmittel, um den Umbau der Krankenhausstrukturen durch Strukturfondsgelder zu finanzieren.
1. Mai 2023		Schutz vor Cyberangriffen scharf gestellt	Krankenhäuser müssen ab sofort IT-Systeme nutzen, die Cyberangriffe auf Endgeräten und dem Netzwerk erkennen können. Dies ist nun Pflicht für jedes Krankenhaus in Deutschland mit mehr als 30.000 stationären Fällen pro Jahr – rund 150 Krankenhäuser werden somit durch die Kritis-Verordnung als Kritische Infrastruktur definiert.
27. April 2023	Rechtsprechung	Bürgerklagen gegen Klinikschließungen sind nicht zulässig	Der 1. Senat des OVG des Landes Sachsen-Anhalt hat entschieden (Az.: 1 L 51/22), dass weder Bürger noch Vereine gerichtlich gegen die Schließung eines Krankenhauses vorgehen können. Die einschlägigen Gesetze – Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) und Krankenhausgesetz Sachsen-Anhalt (KHG LSA) – sehen eine individuelle Klagemöglichkeit nicht vor.
25. April 2023	Politik	Erprobung PPR	Das BMG hat den Auftrag für die Erprobung der PPR 2.0 nach § 137k SGB V an das Wirtschaftsprüfungsunternehmen KPMG vergeben. Der Abschlussbericht muss Ende August 2023 vorliegen und soll Grundlage für eine Verordnung sein, die dann Ende November die Einführung der PPR 2.0 regeln soll.

Termin	Leitbegriff	Vorgang	Legende
23. April 2023	Politik	Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst	Nach zähen Tarifverhandlungen haben sich Bund, Kommunen und Gewerkschaften verständigt: Rund 2,5 Mio. Beschäftigte im öffentlichen Dienst profitieren vom Tarifabschluss (TVöD). Die DKG fordert in diesem Zusammenhang die Politik dazu auf, die Kosten des „teuersten Tarifabschlusses aller Zeiten zu refinanzieren“.
23. April 2023	Politik	BM Lauterbach will beim Energiegesetz Ausnahmen für Kliniken	Bundesgesundheitsminister Lauterbach will Krankenhäuser und Pflege- und Reha-Einrichtungen von der Austauschpflicht für Öl- und Gasheizungen in bestimmten Fällen befreien. Voraussetzung dafür soll sein, dass die Investitionen sonst „eine unverhältnismäßige Belastung für die Gesundheitseinrichtungen darstellen und die Aufrechterhaltung des Betriebs gefährden“ würden.
21. April 2023	Qualität	StrOPS-Richtlinie 2023	Krankenhäuser können beim Medizinischen Dienst (MD) die Begutachtung von Strukturmerkmalen von abrechnungsrelevanten Operationen- und Prozedurenschlüssel (OPS) beantragen. Grundlage dafür ist die Richtlinie „Regelmäßige Begutachtungen zur Einhaltung von Strukturmerkmalen von OPS-Kodes nach § 275d SGB V (StrOPS-RL) (OPS-Version 2023)“. Diese wurde vom MD-Bund im Februar 2023 erlassen und jetzt vom BMG genehmigt.
19. April 2023	Wissenschaft	Pflege-Ausbildung finanziell attraktiv	Wie Destatis mitteilt, verdienten Auszubildende in Deutschland im Jahr 2022 im Erhebungsmonat April über alle Ausbildungsjahre hinweg im Durchschnitt 1.057 € brutto im Monat. Überdurchschnittlich viel verdienten 2022 Auszubildende in Gesundheits- und Pflegeberufen: Ihr Monatsverdienst lag im Schnitt bei 1.139 € brutto.
12. April 2023	Politik	Krankenhäuser erhielten rund 21 Mrd. € in der Coronapandemie	Der Antwort der Bundesregierung (Drs. 20/6241) auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist zu entnehmen, dass Krankenhäuser während der Zeit der Coronapandemie Versorgungsaufschläge und Ausgleichszahlungen in Höhe von rund 21 Mrd. € erhalten haben.
5. April 2023	Politik	Bundeskabinett beschließt weitergehende pauschale Auszahlung der Energiehilfen	Mit dem Beschluss zur Änderung des Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetzes sollen weitere 2,5 Mrd. € der 6 Mrd. € aus dem Energiekosten-Hilfepaket pauschal an die Krankenhäuser ausgezahlt werden. Bisher wurden bereits 1,5 Mrd. € als Unterstützung für die indirekten Energiekostensteigerungen ausgezahlt.
5. April 2023	Wissenschaft	Gesundheitsausgaben steigen auf 474,1 Mrd. €	Die Gesundheitsausgaben in Deutschland sind laut Destatis im 2021 um 7,5 % auf 474,1 Mrd. € gestiegen. Das waren 5.699 € je Einwohnerin und Einwohner. Dies ist der stärkste Anstieg seit Beginn der Berechnungen im Jahr 1992.

Termin	Leitbegriff	Vorgang	Legende
4. April 2023	Wissenschaft	Rückgang bei neuen Auszubildenden in der Pflege	Die Ausbildung zur Pflegefachfrau bzw. zum Pflegefachmann wird seit 2020 angeboten. Während im Jahr 2021 noch 56.300 neue Ausbildungsverträge in der Pflege abgeschlossen wurden, waren es 2022 nur 52.300 (minus 6 %). Insgesamt waren laut Destatis im Jahr 2022 rd. 146.500 Menschen in der Ausbildung zur Pflegefachperson.
4. April 2023	Wissenschaft	Rechtsgutachten sieht Vereinbarkeit von Leistungsbereichen und -gruppen mit Grundrechten der Krankenhausträger vor	Die Einführung eines an Leistungsbereichen und Leistungsgruppen orientierten Systems zur Krankenhausplanung sowie die Festlegung von Kriterien, die der Bedarfsermittlung im stationären Bereich dienen, ist mit den Grundrechten der privaten und gemeinnützigen Krankenhausträger vereinbar. Zu diesem Ergebnis kommt Prof. Kluth vom Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der Universität Halle-Wittenberg in einem vom AOK-Bundesverband in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten zur geplanten Krankenhausreform.
31. März 2023	Selbstverwaltung	Änderungsvereinbarung vom 31.03.2023 zur Vereinbarung nach § 26f Absatz 9 Krankenhausfinanzierungsgesetz über den Nachweis der Bezugskosten für leitungsgebundenes Erdgas, leitungsgebundene Fernwärme und leitungsgebundenen Strom (EWS-Kostenausgleich-Nachweisvereinbarung)	Mit der EWS-Kostenausgleich-Nachweisvereinbarung vom 23.01.2023 wurde das Nähere zum Nachweis der Bezugskosten für leitungsgebundenes Erdgas, leitungsgebundene Fernwärme und leitungsgebundenen Strom geregelt. Mit der Änderungsvereinbarung wurden Klarstellungen zur Ermittlung der Vergleichskosten getroffen, sofern mit Energieträgern der monatliche Ist-Verbrauch anstelle von Abschlagszahlungen abgerechnet wird.
31. März 2023	Selbstverwaltung	DKG zur Inflationsproblematik „Kliniken verzeichnen fast 9 Mrd. € Defizit“	Das Gesamtdefizit der Krankenhäuser infolge der Inflationskrise beläuft sich zum Monatsende auf 8,95 Mrd. €, so das Ergebnis einer Berechnung der DKG. „Demnach häufen die deutschen Kliniken jeden Monat rund 740 Mio. zusätzliches Defizit an. Ursache dafür sind die stark gestiegenen Preise seit dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine. Die Bundesregierung hat es bisher versäumt, mit einem Inflationsausgleich die immense wirtschaftliche Last von den Krankenhäusern zu nehmen. 96 % der deutschen Kliniken können ihre Ausgaben nicht mehr aus den laufenden Einnahmen finanzieren“.

Termin	Leitbegriff	Vorgang	Legende
31. März 2023	Politik	MPK-Ost-Treffen mit Karl Lauterbach: Regierungschefinnen und -chefs der ostdeutschen Länder haben ihre Forderungen zur Krankenhausreform formuliert	Die Ängste vor einem Krankenhaussterben als Folge der geplanten Krankenhausreform hält Bundesgesundheitsminister Lauterbach für unbegründet: „Zum jetzigen Zeitpunkt könne niemand eine Aussage treffen, Kliniken würden durch die Reform verschwinden (...). Ich kann nur sagen, dass Kliniken verschwinden, wenn wir die Reform nicht machen.“ (dpa, 2023). Zwar sprechen sich die Regierungschefinnen und -chefs für eine Krankenhausreform aus, allerdings müssten die regionalen Strukturen berücksichtigt werden und die Gestaltung den Ländern, Krankenkassen sowie Kommunen überlassen werden. Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) und Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) sprachen auch die medizinische Versorgung im ländlichen Raum an. So dürfe eine zunehmende Spezialisierung der Krankenhäuser nicht dazu führen, dass Patienten dann 50/60 km bis zu einem Spezialisten fahren müssen. Lauterbach versprach Modellrechnungen vorzulegen, die für mehr Klarheit sorgen sollen.
30. März 2023	Wissenschaft	BMWK „Vorstellung der gesundheitswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“	Das Bundeswirtschaftsministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) veröffentlicht die Ergebnisse der Gesundheitswirtschaftlichen Gesamtrechnung (GGR) für 2022. Demnach wuchsen die stationären Einrichtungen in den vergangenen 10 Jahren um 4 % in der Wertschöpfung.
28. März 2023	Politik	Antwort der Bundesregierung (Drs. 20/6241) zu Hilfszahlungen für Krankenhäuser zur Abfederung der Energiepreissteigerungen und der inflationsbedingten Mehrkosten	Auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Drs. 20/5926) antwortet die Bundesregierung, dass sie keine eigene Prognose zur Höhe der inflationsbedingten Mehrkosten der Krankenhäuser für die Jahre 2022 bis 2024 (jeweils im Vgl. zum Jahr 2021) erstellt hat. Auch wurde keine exakte Berechnung für die nach § 26f des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG) vorgesehenen Aufteilung von 6 Mrd. € in 4,5 Mrd. € zum Ausgleich nachweispflichtiger direkter Energiemehrkosten und 1,5 Mrd. € zur pauschalen Abdeckung indirekter energiebedingter Kostensteigerungen zugrunde gelegt. Aufgrund der herausragenden Bedeutung der Krankenhäuser für die öffentliche Daseinsvorsorge werden „diese Mittel pauschal, unbürokratisch und ohne weitere Nachweise der tatsächlich entstandenen indirekten Energiemehrkosten“ den Krankenhäusern gewährt.
9. März 2023	Politik	BMG stellt Digitalisierungsstrategie für das Gesundheitswesen und die Pflege „Gemeinsam Digital“ vor	Mit zahlreichen Akteuren wurde eine Digitalisierungsstrategie für das Gesundheitswesen und die Pflege erarbeitet. Für den Krankenhausbereich wird darin angestrebt, dass „50 % aller im Rahmen des Krankenhauszukunftsfonds geförderten Krankenhäuser bis zum Jahresende 2025 den digitalen Reifegrad in mindestens zwei Kategorien um mindestens zwei Stufen verbessern (entsprechend Reifegradmodell DigitalRadar)“.

Termin	Leitbegriff	Vorgang	Legende
28. Februar 2023	Selbstverwaltung	DKG: Nur wenige Krankenhäuser können Energiehilfen abrufen	In einer Pressemitteilung der DKG wird beklagt, dass die im Jahr 2022 vom Bundesgesundheitsminister Lauterbach versprochenen Energiehilfen nicht bei den Krankenhäusern ankommen. „Nur etwa 37 Mio. der für den Zeitraum bis Dezember 2022 in Aussicht gestellten 710 Mio. € fließen in die Krankenhäuser. Konstruktionsfehler im Härtefallfonds machen es den Kliniken unmöglich, trotz der immens gestiegenen Kosten die Hilfen zu erhalten“.
28. Februar 2023	Politik	Bundesministerium für Gesundheit „Neuer Sachverständigenrat Gesundheit & Pflege konstituiert sich.“	Der Sachverständigenrat Gesundheit & Pflege ist zu seiner konstituierenden Sitzung im Bundesministerium für Gesundheit zusammengetreten. In der Sitzung wurde Prof. Michael Hallek zum Vorsitzenden und Prof. Melanie Messer sowie Prof. Jonas Schreyögg zu den stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. In dem anschließenden persönlichen Treffen mit BM Lauterbach wurde insbesondere das Thema „Fachkräfte im Gesundheitswesen“ erörtert. Bereits in dem Berufungsschreiben hatte der Minister die Ratsmitglieder gebeten, in einem ersten Gutachten die aktuellen Rahmenbedingungen sowie zukünftigen Handlungsmöglichkeiten für die Fachkräftesicherung zu untersuchen.
28. Februar 2023	Politik	Bundesamt für Soziale Sicherung „Krankenhauszukunftsfonds: 3 Mrd. € Fördermittel nahezu vollständig ausgezahlt“	Die mit dem Krankenhauszukunftsfonds bereitgestellten Mittel zur Förderung von Investitionen in die digitale Infrastruktur und Informationssicherheit deutscher Krankenhäuser wurden nahezu ausgeschöpft. Über 6.000 Anträge auf Förderung von Digitalisierungsvorhaben wurden beim BAS bis zum 31.12.2021 durch die Länder gestellt.
23. Februar 2023	Politik	Internetauftritt des Deutschen Bundestages erzielte 2022 einen neuen Höchstwert	Mit 73,9 Mio. Seitenabrufen im Jahr 2022 erzielte der Internetauftritt des Deutschen Bundestages einen neuen Höchstwert. Darunter waren am stärksten die Berichte zum Steuerentlastungsgesetz 2022, zur Corona-Impfpflicht und zum Infektionsschutzgesetz nachgefragt.
21. Februar 2023	Gesetzgebung	BMG gibt Referentenentwurf einer Ersten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Aussetzung von Verpflichtungen nach § 28b Absatz 1 des Infektionsschutzgesetzes in die Verbändeanhörung	Aufgrund dieser Verordnungsermächtigung wird im Infektionsschutzgesetz die Verpflichtung zum Tragen einer Atemschutzmaske sowie zum Vorlegen eines Testnachweises in Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen und Pflegeeinrichtungen vom 01.03.2023 bis zum Ablauf des 07.04.2023 ausgesetzt. Diese Änderung gilt nicht für Besucherinnen und Besucher in diesen Einrichtungen.
15. Februar 2023	Wissenschaft	Ein Drittel aller Krankenhäuser bietet Geburtshilfe an	Laut Destatis (Nr. N 009) lag die Kaiserschnitttrate 2021 bei 30,9 %, d. h. fast jede dritte Geburt in einem Krankenhaus ist durch einen Kaiserschnitt erfolgt. Dabei werden große regionale Unterschiede deutlich. Anteil der Kaiserschnitttrate: Saarland 36,4 %, Hamburg 34,3 %, Brandenburg 27,4 % und Sachsen 26,1 %. Darüber hinaus führten 32,4 % der 1.887 Krankenhäuser Entbindungen durch.

Termin	Leitbegriff	Vorgang	Legende
13. Februar 2023	Wissenschaft	Vierte Stellungnahme und Empfehlung der Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung „Reform der Notfall- und Akutversorgung in Deutschland – Integrierte Notfallzentren und Integrierte Leitstellen“ vorgelegt	Aufgrund von defizitären Strukturen anderer Versorgungsbereiche leidet die Notfall- und Akutmedizin stark als „Auffangfunktion“. In der Stellungnahme empfiehlt die Regierungskommission u. a. den flächendeckenden Aufbau einer integrierten Leitstelle (ILS), durch die Hilfesuchende initial nach telefonischer oder telemedizinischer Ersteinschätzung der für sie am besten geeigneten Notfallstruktur zugewiesen werden. In die ILS sollten die beiden Notfallnummern 112 und 116117 einlaufen (durch digitale oder strukturelle Verbindungen) und eine ständige Erreichbarkeit muss sichergestellt werden. In allen Krankenhäusern der erweiterten Notfallversorgung (Stufe 2) und umfassenden Notfallversorgung (Stufe 3) sind Integrierte Notfallzentren (INZ) aufzubauen.
13. Februar 2023	Selbstverwaltung	DKG legt Struktur- und Finanzierungsvorschläge zur aktuellen Debatte um eine Krankenhausreform sowie eine Auswirkungenanalyse vor	Zum vorgestellten Reformkonzept für Krankenhäuser durch die Regierungskommission hat die DKG die Auswirkungen auf Basis öffentlich zugänglicher Daten untersuchen lassen. Demnach wären „von den heute rund 1.700 Standorten ca. 630 entweder dem neuen Level Ii zugehörig“ oder hätten keine Level-Zuordnung. „Etwa 830 Kliniken wären Level In“. Kernelemente des DKG-Konzeptes stellen u. a. bundeseinheitliche Leistungsgruppen zur Krankenhausplanung und ein länderübergreifendes Stufenkonzept zur Einordnung der Krankenhäuser dar, neben der Etablierung eines Strukturfonds und einer Vorhaltefinanzierung.
8. Februar 2023	Rechtsprechung	BGH-Urteil: Keine Bedenkzeit zwischen ärztlicher Aufklärung vor einer medizinischen Behandlung und der erteilten Einwilligung erforderlich	Der Bundesgerichtshof hat die Vorgaben zu den zeitlichen Maßstäben zwischen der ärztlichen Aufklärung vor einer medizinischen Behandlung und der vom Patienten erteilten Einwilligung konkretisiert (BGH, Ur. v. 20.12.2022, VI ZR 375/21). Demnach obliegt es dem Patienten, zu welchem Zeitpunkt dieser nach ordnungsgemäßer – insbesondere rechtzeitiger – Aufklärung seine Entscheidung über die Erteilung oder Versagung seiner Einwilligung trifft. Eine zwingende Bedenkzeit muss demnach nicht eingehalten werden.
8. Februar 2023	Politik	AKG-Kliniken: Stabile Notfallversorgung schafft Vertrauen für Reformen	Die Allianz Kommunaler Großkrankenhäuser (AKG) fordert die Bundesregierung aufgrund von dauerhaft überlasteten Notaufnahmen auf, eine Reform der Notfallversorgung zum integralen Bestandteil der angestrebten Krankenhausreform zu machen. „Alle Erkenntnisse weisen darauf hin, dass es zukünftig nicht mehr ausreichend medizinisches Personal geben wird, um die bestehenden Doppelstrukturen fortzuführen. Wir brauchen also auch über die Sektorengrenzen hinweg eine abgestufte Notfallversorgung, die einen niederschweligen Zugang vor Ort sichert und eine hochwertige Versorgung an ausgewiesenen Zentren ermöglicht“, fasst der AKG-Geschäftsführer Nils Dehne die Erwartungen der AKG-Kliniken zusammen“.

Termin	Leitbegriff	Vorgang	Legende
8. Februar 2023	Politik	„Gutachten zur Folgenabschätzung der Krankenhausreform auf die Versorgungsstruktur in Bayern“ – Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek warnt vor den negativen Folgen	In dem von Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek vorgestellten Gutachten zu den möglichen Folgen der durch die Bundesregierung geplanten Krankenhausreform kommen die Gutachter zu dem Schluss, dass 53 der rund 400 bayerischen Krankenhäuser (13 %) auf das sogenannte Level I herabgestuft würden. Holetschek droht mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht und fordert eine massive Kurskorrektur sowie einen Krankenhaus-Gipfel. „Es wird Zeit, dass der Bundesgesundheitsminister mit allen Betroffenen redet, anstatt über ihre Köpfe hinweg zu planen. Völlig offen ist ja bislang auch die Frage, woher das Geld für die angedachte Reform kommen soll.“
7. Februar 2023	Politik	Stephan Pilsinger (MdB) warnt vor fatalen Auswirkungen einer 1:1-Umsetzung der Vorschläge der Regierungskommission „Krankenhausreform“ auf die Krankenhäuser in Deutschland	In seinem Schreiben an die CDU/CSU-Fraktion warnt Pilsinger vor den gravierenden Auswirkungen einer 1:1-Umsetzung der Vorschläge der Regierungskommission: „Das hätte nicht nur fatale finanzielle Folgen für die auf Level I eingestuft und zurechtgestutzten Krankenhäuser selbst, sondern vor allem Folgen für die Patienten im ländlichen Raum, die weite Strecken bis zum nächsten, spezialisierteren Level II- oder Level-III-Krankenhaus zurücklegen müssten. Nicht vergessen werden darf dabei das ärztliche und pflegerische Personal, das entsprechend ihrer Qualifikation in das weiter entfernte Level II- oder Level-III-Krankenhaus wechseln müsste.“
2. Februar 2023	Wissenschaft	Stationäre Krebsbehandlungen 2021 auf neuem Tiefstand	Im Jahr 2021 wurden knapp 1,44 Mio. Patientinnen und Patienten wegen einer Krebserkrankung im Krankenhaus behandelt. Die Zahl der stationären Krebsbehandlungen sank damit im 2. Corona-Jahr auf einen neuen Tiefstand der vergangenen 20 Jahre: Gegenüber dem 1. Corona-Jahr 2020 sank die Zahl 2021 um 1,2 %, gegenüber dem Vor-Corona-Jahr 2019 betrug der Rückgang 7,2 % (ca. 1,55 Mio. Krebsbehandlungen). Krebs ist mit einem Anteil von 8 % der vierthäufigste Behandlungsgrund aller Krankenhausaufenthalte, so Destatis (PM Nr. N 007).
1. Februar 2023	Politik	Neuer Sachverständigenrat Gesundheit & Pflege berufen	Zum 01.02.2023 hat Bundesgesundheitsminister Lauterbach den neuen Sachverständigenrat Gesundheit & Pflege berufen. In das unabhängige Gremium wurden die Professorinnen und Professoren Nils Gutacker, Michael Hallek, Stefanie Joos, Melanie Messer, Jonas Schreyögg, Jochen Schmitt und Leonie Sundmacher aus den Bereichen Medizin, Ökonomie, Versorgungsforschung und Pflegewissenschaft berufen.
26. Januar 2023	Wissenschaft	Zahl der Pflegefachkräfte in Krankenhäusern leicht verändert	Zum Jahresende 2021 arbeiteten 510.000 Pflegefachkräfte in deutschen Krankenhäusern. Damit wurde ein Zuwachs um 7.000 Pflegefachkräfte (+1,4 %) verzeichnet, der jedoch geringer ausfiel als in den Vorjahren. 2020 war die Zahl der Pflegefachkräfte um 15.000 (+3,2 %) gestiegen, 2019 betrug der Zuwachs sogar 20.000 (+4,2 %), so Destatis (Nr. 033).

Termin	Leitbegriff	Vorgang	Legende
17. Januar 2023	Politik	Expertenanhörung im Gesundheitsausschuss: Gesundheitsexperten berichten von überlasteten Notaufnahmen	Nach Einschätzung der Gesundheitsexperten sind die medizinischen Notaufnahmen dauerhaft überlastet und die Patientensteuerung ist unzureichend organisiert (74 % kommen zu Fuß in die Notaufnahme, es fehlt ein bundesweiter Überblick über Rettungseinsätze sowie eine qualifizierte, digital unterstützte, einheitliche Ersteinschätzung von Patienten). Die Vertreter aus der Praxis, von Verbänden und der Wissenschaft fordern weitreichende Reformen, um die Versorgung der Patienten zu verbessern.
8. Januar 2023	Politik	Klausurtagung der CSU-Landesgruppe im Bundestag „Zeitenwende braucht Entschlossenheit“	In ihrer Klausurtagung beschließt die CSU u. a., sich für eine Sicherstellungsoffensive für Krankenhäuser auf dem Land mittels des Sicherstellungszuschlags i. H. v. 5 Mrd. € einzusetzen. Des Weiteren soll unverzüglich ein Kinder-Gesundheits-Gipfel einberufen werden, um konkrete Maßnahmen zur kurzfristigen Abhilfe der Not-situation, z. B. zur Überbelegung von Kinderbetten im Krankenhaus zu treffen. Kinderkliniken sollen aus dem DRG-Fallpauschalensystem ausgegliedert sowie mit einer Sonderfinanzierung besser ausgestattet werden, damit insbesondere im ländlichen Raum der Abbau von Kinder-krankenbetten rückgängig gemacht werden kann.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

